

IBS Jahresbericht 2011

1. Verbandsangelegenheiten

Die letzte Mitgliederversammlung fand am 22.02.2010 im Haus der deutschen Wirtschaft statt.

Der Vorstand hat sich auf mehreren Vorstandssitzungen und Klausurtagungen mit einer Fülle von aktuellen und ungelösten Problemen der Berliner Schulpolitik befasst. Der Vorstand zeigte Präsenz in Arbeitsgruppen und nahm durch Verhandlungen und Stellungnahmen Einfluss. Zur Unterstützung der themenbezogenen Arbeit des IBS-Vorstandes wurden die Berliner Schulleitungen zu folgenden Themen befragt

- Erfahrungen mit der Schulinspektion
- Erste Erfahrungen mit den Sekundarschulen
- Erfahrungen mit dem Projektverlauf eGovernment@school, einschließlich von Fortbildungswünschen im IT-Bereich
- Inklusion

Die Ergebnisse der Befragungen sind sowohl auf der Homepage des Verbandes als auch in unserer Zeitschrift b:sl veröffentlicht worden. Auch bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 wurden die im Parlament vertretenen Parteien nach ihren bildungspolitischen Vorhaben befragt. Schwerpunkte der Befragung waren die Schlechterstellung der Grundschulen im Vergleich zur Sekundarschule, die Entwicklung einer inklusiven Schule, die Sicherung von Schulqualität und des Lehrkräftenachwuchses sowie die Stellung der Schulsekretärinnen. Auch dieses wurde sowohl auf der Homepage als auch in der b:sl veröffentlicht.

2. Initiativen des IBS

Zum Thema „Personalbudgetierung“ vertrat der IBS seine Vorstellungen in einer von Zöllner eingerichteten Arbeitsgruppe ein. Unser Verband forderte eine Aufstockung der PKB-Mittel auf 5 Prozent und zusätzlich zwei Prozent für Honorarmittel, sowie die Möglichkeit, Stellenanteile zu kapitalisieren. Zur Koalitionsvereinbarung legte der Verband eine ausführliche Stellungnahme vor, die an alle Schulen verschickt wurde. In überraschend großem Umfang sind in den Koalitionsvertrag langjährige Forderungen des IBS eingegangen. Der Vorstand wird dies mit der neuen Schulsenatorin nachdrücklich verhandeln.

Um die Abwanderung von jungen und gut qualifizierten Lehrkräften zu verhindern, unterstützt unser Verband die Initiative von angestellten Lehrkräften zur Verbeamtung. Dazu hatte der Vorstand zu einer Veranstaltung eingeladen, die am 16. Januar 2012 im Droste-Hülshoff-Gymnasium stattfand.

3. Herbsttagung

Die IBS-Herbsttagung 2011 fand diesmal in einer neuen Form statt. Gemeinsam mit anderen Schulleitungsverbänden aus dem norddeutschen Raum veranstaltete der IBS am 28. September den „Ersten norddeutschen Schulleitungstag“ in der Kulturkirche in Neuruppin. Mit Hilfe von profilierten Personaltrainern wurde die Veranstaltung ein voller Erfolg. Die nächste Herbsttagung unseres Verbandes wird am 28. November wieder in Berlin stattfinden.

4. Fortbildung

Das neue Fortbildungsangebot des IBS unter der Leitung unseres Vorstandsmitglieds Uwe Lutz erfährt eine rasant steigende Nachfrage mit stetig wachsenden Teilnehmerzahlen. Derzeit zählt unser Fortbildungsreferat 240 Teilnehmer! Damit hat sich die Fortbildung des IBS zu einem offenbar unverzichtbaren Standbein für eine wachsende Anzahl von Kolleginnen und Kollegen entwickelt.

5. ASD

Am 13. Januar 2012 hat der neu gewählte ASD-Vorstand mit einer konstituierenden Sitzung seine Arbeit aufgenommen. Neue Vorsitzende ist Gudrun Wolters-Vogeler. Dem Vorstand gehören weiterhin an: Bernhard Jäger, Reinhard Einfeldt und Angela Daevers sowie Sabine Kauffeld für die Geschäftsstelle. Der Landesverband Niedersachsen ist Ende 2011 aus dem ASD ausgeschieden. Auf der Herbsttagung in Kassel wurde auch von den Landesverbänden NRW und Rheinland-Pfalz heftige Kritik an der Arbeit des ASD geäußert, eine Kritik, die vom IBS in keiner Weise geteilt wird.

6. Ausblick

Für das Jahr 2012 wird der Schwerpunkt der Vorstandsarbeit auf Aktivitäten liegen, die eine deutliche Reduzierung des Belastungsprofils von Schulleitungstätigkeit zum Ziel haben. Dieses Thema wird auch Gegenstand der IBS-Herbsttagung im Herbst dieses Jahres sein.

Somit zeichnen sich folgende Schwerpunkte für die Vorstandsarbeit in 2012 ab:

- Arbeitszeitgerechtigkeit für Schulleiter und Schulleiterinnen. Will heißen: Erhöhung der Leitungszeit vor allem für Ständige Vertreterinnen und Vertreter, insbesondere an Grundschulen
- Mittleres Management an Grundschulen sowie Unterstützungssysteme für das Schulmanagement
- Qualifizierung und Eingruppierung der Schulsekretärinnen als Sachbearbeiterin
- Beschleunigte Einführung einer effektiven und unkompliziert handelbaren Schulverwaltungssoftware.
- Ausweitung und Flexibilisierung der Personalbudgetierung
- Anpassung des Personalvertretungsgesetzes: Einrichtung von Personalräten an den Schulen und Neudefinition von Aufgaben und Kompetenzen
- Entwicklung eines neuen Verständnisses der Rolle von Schulleitung: Schulleiter und Schulleiterinnen müssen Dienstvorgesetzte mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen werden!
- Zertifizierte Ausbildung von Schulaufsicht und Schulleitung als verbindliche Eingangsvoraussetzung für das Amt
- Angemessene Gelingensbedingungen für die Einführung der inklusiven Schule bei frühzeitiger Beteiligung der Betroffenen.
- Frühzeitige Einbindung der Schulleitungsverbände in wichtige Entscheidungsprozesse der Schulsenatsverwaltung.

16. Februar 2012

H. Kuhn

Vorsitzender